

Antrag

der Abg. Bernd Gögel u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Lernort Demokratie – Das DDR-Museum in Pforzheim

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. welche Rolle für sie die Erinnerung an die DDR-Diktatur spielt;
2. welche Rolle für sie hierbei die Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ im Pforzheimer Stadtteil Buckenberg einnimmt;
3. wie sie plant, diese Institution stärker zu unterstützen;
4. welche Maßnahmen im Gesamthaushalt sie seit 2017 für den Kampf gegen die Ideologie des Kommunismus, gegen linksautoritäre Strukturen sowie für die Erinnerung an die linke DDR-Diktatur durchgeführt hat;
5. in welcher Höhe diese Maßnahmen mit Mitteln unterstützt wurden;
6. in welcher Höhe sie welche weiteren Gedenkstätten zur DDR-Diktatur seit 2017 mit Mitteln unterstützt;
7. wo seit 2017 in Landesmuseen Ausstellungen zu Diktaturen und besonders zur DDR-Diktatur stattfanden und unter welchem Titel diese stattfanden;
8. welche Lehrplan- und Unterrichtsinhalte in den Lehrplänen des Landes die Problematisierung und Thematisierung der DDR-Geschichte beziehungsweise der SED-Diktatur (bitte aufgeschlüsselt nach Schulart, Schulfach und Jahrgang) zum Ziel haben;
9. in welcher Form und in welchem Umfang sie die Vermittlung von Zeitzeugen in Schulen mit Blick auf die Friedliche Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung finanziell fördert;

10. welche weiteren Maßnahmen sie plant, um das Erinnern an die DDR-Diktatur zu unterstützen;

II. im Haushalt – bei Aufstellung eines Nachtragshaushalts am Ende des Jahres 2020 in diesem – mindestens eine halbe, unbesetzte hauptamtliche Stelle aus dem Bereich Museumswesen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst für den Einsatz in der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ umzuwidmen und diese zu besetzen.

28.07.2020

Gögel, Dr. Grimmer, Dr. Podeswa, Klos, Baron, Dr. Baum AfD

Begründung

Die Vermittlung und Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Teilung Deutschlands ist von enormer Bedeutung und im Hinblick auf das offene Führen von DDR-Emblemen wie Fahnen mit Hammer und Sichel auf Demonstrationen von anhaltend hoher Aktualität. Hier leistet die Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ einen besonders wertvollen Beitrag zur Information und Bildung.

Unser demokratischer Staat muss immer wieder das Unrecht und die Unterdrückung durch die sozialistischen Diktaturen kenntlich machen. Die Millionen von Opfern, die die sozialistischen Diktaturen im 20. Jahrhundert mit ihrem Leben zahlten, mahnen uns dazu ganz besonders. In der Gedenkstätte in Pforzheim und damit einem außerschulischen Lernort mehr über diese dunklen Aspekte der deutschen Geschichte zu erfahren, leistet einen äußerst wichtigen Beitrag zur Demokratieerziehung.

In der heutigen Zeit, in denen Gewählte in deutschen Parlamenten immer wieder offen linksextreme und staatsfeindliche Positionen beziehen, muss ein größerer Schwerpunkt auf die Problematisierung der linken Diktaturen, besonders der mörderischen SED-Diktatur, gelegt werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 24. August 2020 Nr. 52-7962.0/202/3 nimmt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen sowie dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. zu berichten,

1. welche Rolle für sie die Erinnerung an die DDR-Diktatur spielt;

Die Geschichte der deutschen Teilung und der SED-Diktatur, die von 1945 bis 1990 auf dem ehemaligen Gebiet der DDR bestand, ist ein zentrales Kapitel der gesamtdeutschen Geschichte – und damit auch der Erinnerungskultur bei uns im Land.

Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und der SED-Diktatur schärft die Einsicht in und das Bewusstsein für den Wert von Pluralität, Demokratie und Menschenrechten, wie auch für die heute starken wie bewährten – und nichtsdestotrotz wieder infrage gestellten – Institutionen der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. Sie ist Teil der Bildung zur Demokratie und ist Teil der Identität der Bundesrepublik.

Zahlreiche Einzelbiografien, persönliche Erfahrungen und Schicksale auch von Menschen, die in Baden-Württemberg leben, sind mit dieser Geschichte verknüpft – ob durch die friedliche Revolution oder weil sie als Flüchtlinge des Unrechtsregimes in Baden-Württemberg eine sichere Heimat gefunden haben.

Die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte kann auch als ein Baustein zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesehen werden.

2. welche Rolle für sie hierbei die Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ im Pforzheimer Stadtteil Buckenberg einnimmt;

Die Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ ist das einzige Museum dieser Art in Baden-Württemberg und gilt als einziges DDR-Museum in den westdeutschen Ländern überhaupt. Die Sammlung ist damit ein Unikum in der Gedenkstättenlandschaft und ein wertvoller Ort der Demokratiegeschichte. Das Land hat sich daher im Jahr 2012 mit einer Zustiftung in Höhe von 40.000 Euro an der Gründung der Stiftung beteiligt (etatisiert im Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung, Epl. 02 Kap. 0205).

Das Museum ist ein wichtiger außerschulischer Lernort, dessen Angebote von den Schulen sehr gut angenommen werden.

Als Institution der Wissensvermittlung leistet das Museum einen zentralen Beitrag zur Festigung der demokratischen Wertekultur.

3. wie sie plant, diese Institution stärker zu unterstützen;

Als ehrenamtlich getragene Gedenkstätte und Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG) kann die Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im Rahmen der Gedenkstättenförderung Fördermittel beantragen.

Die Stiftung kann darüber hinaus Mittel für die Restaurierung von Sammlungsgegenständen sowie für die präventive Konservierung bei der Landesstelle für Museumsbetreuung beantragen.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst befindet sich bereits seit einiger Zeit im Austausch mit der Stiftung zur weiteren Stärkung der Einrichtung „Lernort Demokratie – DDR-Museum Pforzheim“.

4. welche Maßnahmen im Gesamthaushalt sie seit 2017 für den Kampf gegen die Ideologie des Kommunismus, gegen linksautoritäre Strukturen sowie für die Erinnerung an die linke DDR-Diktatur durchgeführt hat;

5. in welcher Höhe diese Maßnahmen mit Mitteln unterstützt wurden;

Die Ziffern 4 und 5 werden gemeinsam beantwortet:

Religiöser und politischer Extremismus sind eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Die Landesregierung sieht eine vielfältige Demokratie mit einer starken Zivilgesellschaft als ein Bollwerk gegen demokratiefeindliche Strömungen und hat von daher bereits in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, dass Bürgerinnen und Bürger früh, offen, umfassend und verständlich informiert und in die Willensbildung mit einbezogen werden. Somit wird u. a. der irreführenden Versuchung populistischer und autoritärer Politikansätze vorgebeugt.

Für die Landesregierung ist die Ablehnung antidemokratischer politischer Ansätze ein allgemeiner Grundsatz der alltäglichen Arbeit auf Grundlage des Grundgesetzes. Die Landesregierung wendet sich dabei sowohl gegen rechts- wie linksautoritäre politische Vorstellungen.

Aufgrund der allgemeinen Bedeutung ist eine Engführung auf einzelne Maßnahmen im Landeshaushalt nicht möglich.

6. in welcher Höhe sie welche weiteren Gedenkstätten zur DDR-Diktatur seit 2017 mit Mitteln unterstützt;

Die Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ wird mit Mitteln der Gedenkstättenförderung des Landes unterstützt. Die Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung Baden-Württemberg und den dazu ergangenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften sowie nach § 36 Abs. 2 Nr. 3 Landesverwaltungsverfahrensgesetz unter dem (Widerrufs-) Vorbehalt, dass Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Seit 2017 wurden im Rahmen der Basis- und Projektförderung Fördermittel in Höhe von insgesamt 59.900 Euro bewilligt:

2017: 13.600 Euro

2018: 13.900 Euro

2019: 13.900 Euro

2020: 18.500 Euro

Das DDR-Museum Pforzheim wird darüber hinaus vom Kultusministerium in seiner museumspädagogischen Arbeit als außerschulischer Lernort unterstützt, indem Anrechnungsstunden zur Verfügung gestellt werden, um Schulklassen die Exponate und Ausstellungen des Museums zu erläutern.

Nach aktuellem Kenntnisstand gibt es im Land keine weiteren Gedenkstätten, die an die SED-Diktatur und ihre Opfer erinnern.

Eine Ausnahme bildet eine Außenstelle des Bundesarchivs in Rastatt. Dort sind Opposition und Widerstand in der DDR bis zur Friedlichen Revolution 1989 ein Hauptthema der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ im Schloss. Die Erinnerungsstätte wird aus Bundesmitteln finanziert.

7. wo seit 2017 in Landesmuseen Ausstellungen zu Diktaturen und besonders zur DDR-Diktatur stattfanden und unter welchem Titel diese stattfanden;

Am Badischen Landesmuseum in Karlsruhe werden Aspekte der DDR-Geschichte in der Sammlungsausstellung „Baden & Europa 1918 bis 2000“ punktuell in den Jahrzehntvittrinen der 1960er- und 1990er-Jahre zum Thema Mauerbau und Mauerfall aufgegriffen. Die NS-Diktatur wird ebenfalls in dieser Sammlungsausstellung behandelt, dokumentiert werden die Hitlerjugend, die Verfolgungen politischer und ethnischer Gegner und die Rolle Badens im Zweiten Weltkrieg.

Von April bis November 2018 zeigte das Badische Landesmuseum die Sonderausstellung „Revolution für Anfänger/-innen“. Die Revolution in der DDR war eines von vielen Themen der Ausstellung. Das DDR-Museum in Pforzheim stellte hierfür Leihgaben zur Verfügung und vermittelte Zeitzeugen, mit denen Interviews für die Hörstationen geführt wurden.

Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg zeigt mehrere Dauerausstellungen zur NS-Diktatur:

- „Zwangsarbeit bei der Fassfabrik Kurz“: Eine Dauerausstellung des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg in einer ehemaligen NS-Zwangsarbeiter-Baracke im Hohenloher Freilandmuseum.

- NS-Justiz in Stuttgart: Eine Dauerausstellung des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg im Landgericht Stuttgart.
- „Hotel Silber“: Ein Ort des organisierten NS-Terrors. Eine Dauerausstellung des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg zu Polizei und Verfolgung.

Ab Oktober 2020 zeigt das Haus der Geschichte im Haupthaus das Ausstellungsprojekt „Generation 1975 – mit 14 ins neue Deutschland“. Dabei berichten Menschen aus Baden-Württemberg, Berlin und Brandenburg über ihre unterschiedlichen Erfahrungen mit der DDR. Alle Zeitzeugen waren zum Zeitpunkt des Mauerfalls 14 Jahre alt. Sie blickten entsprechend als Kinder oder als Jugendliche auf die DDR. Sie schildern ihre Erinnerungen über das Aufwachsen in der DDR genauso wie die ersten Begegnungen mit den „anderen“ Deutschen. Auf diese Weise entsteht ein subjektives Bild von einer entscheidenden Phase der deutschen Geschichte.

8. welche Lehrplan- und Unterrichtsinhalte in den Lehrplänen des Landes die Problematisierung und Thematisierung der DDR-Geschichte beziehungsweise der SED-Diktatur (bitte aufgeschlüsselt nach Schulart, Schulfach und Jahrgang) zum Ziel haben;

Mit der verbindlichen Einführung des „Leitfadens Demokratiebildung“ zu Beginn des Schuljahres 2019/2020 hat das Kultusministerium ein kohärentes Konzept zur Stärkung der Demokratiebildung an den Schulen des Landes geschaffen. Damit erhält der Erwerb demokratiebezogener Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen einen noch höheren und praxiswirksameren Stellenwert. Der Leitfaden Demokratiebildung ist unabhängig von einer Schulart und einem bestimmten Fach. Die Entwicklung demokratiebezogener Kompetenzen beginnt im Grundschulalter (und schon davor in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung) und setzt sich im Laufe einer Bildungsbiografie über die Sekundarstufe I und II sukzessive fort. Hierbei werden auch außerschulische Lernorte und Kooperationen in den Blick genommen.

Im „Steckbrief Geschichte“ des Leitfadens Demokratiebildung wird die Auseinandersetzung mit der DDR an mehreren Stellen vorgeschlagen: Verfassung der DDR, Diskussion um den Umgang mit Recht und Zensur in den beiden deutschen Teilstaaten nach 1945 (War die DDR ein „Unrechtsstaat“?) und Zustandekommen und Erfolg der „friedlichen Revolution“ in der DDR (z. B. Montagsdemonstrationen, „Runde Tische“).

Allgemein bildende Schulen

Die Thematisierung der DDR-Geschichte bzw. der SED-Diktatur erfolgt in Klasse 9 in allen Schularten im Fach Geschichte sehr dezidiert in der Bildungsplaneinheit 3.2.9 (gemeinsamer Plan Sek I) bzw. 3.3.2 (allgemein bildendes Gymnasium) unter dem übergeordneten Thema „BRD und DDR – zwei Staaten, zwei Systeme in der geteilten Welt“. Dabei wird in allen Schularten explizit das Demokratieverständnis der beiden Staaten sowie das Wirtschaftssystem verglichen, die Unterdrückung in der DDR thematisiert und die Ursachen für den Zusammenbruch des Ostblocks bzw. die Friedliche Revolution in der DDR bzw. der Einigungsprozess behandelt.

Im allgemein bildenden Gymnasium erfolgt eine altersentsprechende vertiefende Auseinandersetzung in der Kursstufe 2 sowohl im zweistündigen Basisfach (3.4.5) als auch im fünfständigen Leistungsfach (3.4.6) unter dem übergeordneten Thema „West- und Osteuropa nach 1945: Streben nach Wohlstand und Partizipation“. Hierbei geht es vor allem um einen vertiefenden politischen und wirtschaftlichen Systemvergleich, um die spezifischen wirtschaftlichen Aufschwünge in der BRD und DDR, um Formen der Protestbewegungen bzw. Aufbruchversuche in West und Ost zu mehr Bürgerbeteiligung sowie Ursachen für den Zusammenbruch der DDR, den Verlauf der „Wende“ und die Transformationsprozesse der ehemaligen DDR und andere Ostblockstaaten.

Berufliche Schulen

Geschichte mit Gemeinschaftskunde, Berufliches Gymnasium (Mittelstufe, Pflichtfach)

In der Klasse 10 gibt es eine 25-stündige Bildungsplaneinheit „Deutschland im 20. Jahrhundert – zwischen Diktatur und Demokratie“ bei dem die Schülerinnen und Schüler zentrale Merkmale der politischen Systeme und die jeweiligen Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vergleichen; dieser Teil umfasst etwa die Hälfte der Einheit.

Deutsch, Berufliches Gymnasium (Mittelstufe)

Der Bildungsplan schlägt vor, das Leben in der DDR in den Projektunterricht (1/4 der Unterrichtszeit) der 10. Klasse einzubinden: Vergleich Bundesrepublik Deutschland – DDR: Wortschatz und Lebenswelt in Zusammenarbeit mit Geschichte mit Gemeinschaftskunde.

Geschichte mit Gemeinschaftskunde, Berufliches Gymnasium (Oberstufe), letztmalig gültig für das Abitur 2023 (Pflichtfach)

In der Jahrgangsstufe 2 gibt es die 25-stündige Bildungsplaneinheit „Deutschland und Europa in der Welt nach 1945“. Hier werden unter dem Thema „Von der Blockkonfrontation zur Auflösung der bipolaren Welt“ insbesondere die doppelte Staatsgründung, der Mauerbau und die friedliche Revolution in der DDR behandelt.

Geschichte mit Gemeinschaftskunde, Berufliches Gymnasium (Oberstufe), erstmalig gültig für das Abitur 2024 (Pflichtfach)

In der Jahrgangsstufe 2 gibt es die 40-stündige Bildungsplaneinheit „Deutschland, Europa und die Welt nach 1945“. Hier werden die Gründung der deutschen Staaten, die deutsche Teilung, der Ost-Westkonflikt und die deutsche Teilung thematisiert. Ebenso schlägt der Bildungsplan vor, das „Leben in der DDR“ in den Projektunterricht (1/4 der Unterrichtszeit) der Jahrgangsstufe 2 einzubinden.

Geschichte mit Gemeinschaftskunde, Zweijährige zur Prüfung der Fachschulreife führende Berufsfachschule (Pflichtfach)

Im 2. Schuljahr wird im Rahmen der 25-stündigen Bildungsplaneinheit „Deutschland in Europa“ das Leben in der DDR thematisiert; in diesem Zusammenhang sieht der Bildungsplan u. a. die Ergänzungen „Auswirkungen der Systeme auf das Leben der Menschen“ und „Ende der kommunistischen Systeme in Osteuropa, friedliche Revolution in der DDR, Fall der Mauer“ vor.

Gemeinschaftskunde, Berufsschule (Pflicht- und Prüfungsfach)

Im 2. Schuljahr ist im Rahmen des Schwerpunkts „Junge Menschen im Staat: Demokratische Prozesse mitgestalten“ folgendes verbindliche Lernziel als eines von vier enthalten: „Die Schülerinnen und Schüler stellen die Entwicklung der Demokratie in Deutschland dar (Gründung der Bundesrepublik Deutschland, innenpolitische Reformen zur Demokratisierung der Gesellschaft, Voraussetzungen zur Überwindung der Diktatur in der DDR).“

9. in welcher Form und in welchem Umfang sie die Vermittlung von Zeitzeugen in Schulen mit Blick auf die Friedliche Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung finanziell fördert;

Hierfür stehen im Staatshaushaltsplan 2020/2021 keine Mittel zur Verfügung.

10. welche weiteren Maßnahmen sie plant, um das Erinnern an die DDR-Diktatur zu unterstützen;

An der Universität Konstanz wird bis 2023 ein Zeitzeugenprojekt in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) durchgeführt. Das Projekt wird gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). In der Wirksamkeitsstudie der Universität Konstanz werden geschulte Lehrkräfte in ihrem Unterricht zum Thema „Lernen aus der deutsch-deutschen Geschichte“ mit Zeitzeuginnen und -zeugen des Videoprojekts „Generation 1975 – Mit 14 ins neue Deutschland“ arbeiten (siehe auch Ziffer 7). Das ZSL unterstützt die Studie durch die Fortbildungen und Schulungen der teilnehmenden Lehrkräfte durch Fachberaterinnen und Fachberater des Faches Geschichte.

Die Bundeserinnerungsstätte der Deutschen Freiheitsbewegung in Rastatt bietet einen eigenen DDR-Schwerpunkt an. Sie wird in ihrer Arbeit durch museumspädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZSL in ihrem didaktischen Begleitprogramm für Schulklassen unterstützt.

Das DDR-Museum Pforzheim wird in seiner museumspädagogischen Arbeit als außerschulischer Lernort unterstützt, indem Anrechnungstunden zur Verfügung gestellt werden, um Schulklassen die Exponate und Ausstellungen des Museums zu erläutern.

II. Im Haushalt – bei Aufstellung eines Nachtragshaushalts am Ende des Jahres 2020 in diesem – mindestens eine halbe, unbesetzte hauptamtliche Stelle aus dem Bereich Museumswesen des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst für den Einsatz in der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ umzuwidmen und diese zu besetzen.

Eine Umwidmung für den Einsatz in der Stiftung, im Sinne der Bereitstellung einer im Landeshaushalt veranschlagten Stelle an eine Einrichtung außerhalb der Landesverwaltung, aus haushaltsrechtlicher Sicht und unter haushaltssystematischen Gesichtspunkten nicht ohne Weiteres möglich.

Abgesehen davon stehen im Museumsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst nach Kenntnisstand des Ministeriums keine freien Personalkapazitäten zur Umwidmung zur Verfügung.

Bauer

Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst